



Rot-Rot setzt Neueinstellungen durch
Neues Personal in Ämtern und Feuerwehr

Seite 4



Dortmunder Schulden explodieren
Interview mit finanzpolitischem Sprecher

Seite 5



OWilla verhindern
Kaum Entlastung, hohe Kosten und Flächenversiegelung

Seite 6



Huckarde gegen Rechte
DIE LINKE: „Es hilft nur, auf die Straße zu gehen“

Seite 7

01/13 KNALLROT

Fraktion DIE LINKE. Dortmund – Winter 2012/2013

„Schule am Hafen“: Aufbewahrung statt Bildung?

Stadt opfert „Bunte Schule“ für Konzept der Chancenlosigkeit



Schon vor dem Stapellauf versenkt: Die neue Riesen-Hauptschule am Hafen.

Überall verschwinden sie, weil sie keiner will, doch im Norden richtet die Stadt künftig „Dortmunds größte Hauptschule“ ein. Das bekam DIE LINKE nun über die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord heraus. Mit dem städtischen Plan steht auch die „Bunte Schule“ in der Nordstadt vor dem Aus. DIE LINKE warnt vor einem „bildungspolitischen Desaster“.

Während im gesamten Stadtgebiet Hauptschulen mangels Anmeldungen geschlossen werden, plant die Stadt am Hafen eine Riesenschule dieser Art. Helmut Manz, stellvertretender Bezirksbürgermeister in der Nordstadt: „Zu Recht entscheiden sich mehr und mehr Eltern und Schüler gegen die Hauptschule, weil sie keine Chance auf einen höheren Abschluss

und eine gute Ausbildung bietet.“ So wird sich zum kommenden Schuljahr die Zahl der Dortmunder Hauptschulen in fünf Jahren auf acht halbiert haben. „Aber für die Kinder und Jugendlichen in der Nordstadt soll das die richtige Schulform sein?“, fragt der LINKE-Politiker empört.

Völlig untragbar aber werden die Pläne der Stadt, wenn man liest, wie sie denn künftig die Räume der ehemaligen Lützowschule und Hauptschule an der Landwehr füllen will. Denn zusätzlich zu 22 Regelklassen plant sie bereits jetzt drei Auffangklassen für Schüler/innen ohne ausreichende Deutsch-Kenntnisse ein. Hinzu kommen weitere sieben integrative Klassen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Helmut Manz' Fazit: „Die Stadt kon-

zentriert in einer Riesen-Hauptschule förderungsbedürftige Schülerinnen und Schüler, die sie nach der zehnten Klasse weitgehend chancenlos entlässt.“... (Fortsetzung Seite 7) (pta)

DIE LINKE eröffnet Aktion „Offenes Rathaus“



Mitbestimmung, Transparenz, Beteiligung - DIE LINKE macht mobil für die Rechte der BürgerInnen: Mit einer Kampagne, die die Anregungen und Sorgen der DortmunderInnen direkt in das Rathaus tragen wird. Motto: Ihr Wunsch ist unser Antrag.

Zu Beginn des neuen Jahres treffen sich Nursen Konak sowie ihre Fraktionskollegen Petra Tautorat und Utz Kowalewski mit den BürgerInnen, Bündnissen und Initiativen. Ein erstes Meeting ist für den **21.02.2013 im Rathaus, Raum 309.1, ab 17:00 Uhr** geplant. Ein weiterer Termin findet am **25.02.2013 im Begegnungszentrum Scharnhorst an der Gleiwitzstr. 277 ab 19:45 Uhr** statt. „Transparenz und Beteiligung sind für uns LINKE keine Worthülsen. Wir hören zu und erarbeiten unsere Politik mit den Betroffenen“, sagt Petra Tautorat. „Das beweisen wir in den kommenden Monaten.“

Breite Proteste: WAZ-Gruppe wickelt Rundschau ab

Die Pläne der WAZ-Gruppe zur Schließung der Redaktionen der Westfälischen Rundschau (WR) und zur Entlassung von rund 300 festen und freien MitarbeiterInnen haben binnen kurzer Zeit eine eindrucksvolle Welle der Solidarität ausgelöst. Bisheriger Höhepunkt: Trotz Minusgrade zogen am 19. Januar rund 1200 DemonstrantInnen durch die Dortmunder Innenstadt.



Demonstration am 19.01.2013.

Mit der betroffenen Belegschaft ist auch DIE LINKE Dortmund entsetzt, dass die WAZ-Gruppe ohne Rettungsversuch eine bundesweit anerkannte Regionalzeitung mit 67-jähriger Geschichte begräbt. „Medienvielfalt gibt es nur mit eigenständigen Redaktionen. Die RuhrNachrichten wird die Arbeit der WR in Dortmund niemals ersetzen können“, meint Torsten Behrendt, Geschäftsführer der Ratsfraktion DIE LINKE. Unterstützen Sie die Belegschaft unter <http://rundschau-retten.de>. (pta)

KNALLROT

Herausgegeben von
Fraktion DIE LINKE im Dortmunder Rat

Friedensplatz 1, 44135 Dortmund
Web: www.knallrot-online.de
Email: info@knallrot-online.de

Telefon: 0231 - 5 02 72 40
Leserbriefe: leserbriefe@knallrot-online.de
Anzeigen: anzeigen@knallrot-online.de

Inhalt

KNALLROT Winter
2012/2013

Seite 1:
„Schule am Hafen“
Aktion „Offenes Rathaus“
Wahlen 2012

Seite 2:
Nordstadt gegen Nazis
Dortmunder Haushalt 2013:
Sozial geht anders

Seite 3:
STEAG und DIE LINKE
RWE den Geldhahn abdrehen
Jobverlust bei DEW21

Seite 4:
VRR-Sozialticket weiter teuer
Rot-Rot setzt Neueinstellungen durch
Mehr Arbeitslose in Dortmund

Seite 5:
Dortmunder Schuldenexplosion
Privatisierung verhindert
SPD gegen Vermögensteuer

Seite 6:
OWIIIa verhindern
Pleckenbrinksee unter Schutz
Oespel wird zugebaut

Seite 7:
„Schule am Hafen“
Huckarde gegen Rechte
Lehrschwimmbecken Holzen

Seite 8:
Stadtbezirke bluten aus
Mehr Flüchtlinge in Hacheneay
Absurdes Theater um Fritz-Henßler-Berufskolleg

Alle nicht gekennzeichneten
Bilder: **KNALLROT**

Impressum

KNALLROT
Fraktion **DIE LINKE** im
Dortmunder Rat

Herausgegeben von
Fraktion **DIE LINKE** im
Dortmunder Rat
Friedensplatz 1,
44135 Dortmund,
Tel. 0231 – 5 02 72 40

Auflage
20.000 Exemplare
V.i.S.d.P.
Torsten Behrendt,
Friedensplatz 1,
44135 Dortmund,
Tel. 0231 – 5 02 72 40

Nordstadt bietet Nazis keinen Platz

Bezirksvertretung richtet Gedenkstätte für NSU-Opfer Mehmet Kubasik ein



Am Tatort des NSU-Mordes erinnert heute eine Gedenktafel an das 5. Nazi-Opfer in Dortmund.

2012 war die Dortmunder Nordstadt so nazifrei wie lange nicht mehr. Während des Wahlkampfes machte die NPD mit ihren Plakaten einen weiten Bogen um den verhassten Stadtbezirk (Wahlkampfeslogan „Nordstadtverhältnisse bekämpfen“). Die Abneigung gilt gegenseitig: Nirgendwo erhielten die Nazis so wenig Stimmen wie in der Innenstadt-Nord!

Selbstverständlich ist das nicht. Jahr für Jahr wurde der Norden von Neonazis für ihre hetzerischen Aufmärsche missbraucht. Endlich wurden im vergangenen Jahr zwei Aufmärsche durch Polizei und Justiz verboten, ganz ohne schärfere Gesetze. Zuvor war die Politik aufgeschreckt durch die Morde der NSU, von denen einer auch in der Nordstadt geschah. Die Neonazi-Mörder töteten 2006 Meh-

met Kubasik in seinem Kiosk an der Mallinckrodtstraße.

Dort wo der 39-jährige Dortmunder starb, erinnert heute ein Gedenkstein an ihn und die schreckliche Tat. Der von der LINKEN initiierte Beschluss für die Gedenktafel am Tatort wurde in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord einstimmig gefasst. Oberbürgermeister Ullrich Sierau nutzte die Einweihung im September für ein bewegendes Zeichen der Anteilnahme und der Solidarität mit der Familie des Opfers. Er entschuldigte sich bei ihr für den falschen „Dönermord“-Verdacht, dem sie jahrelang ausgesetzt war. Er verurteilte den rechten Terror, bekannte sich zum multikulturellen Zusammenleben und fand für Mehmet Kubasik die Worte: „Er war einer von uns.“

Die Anerkennung des OB für Opfer rechter Gewalt ist gut und wichtig, doch sie kommt spät. Zu lange hatte das offizielle Dortmund „kein Naziproblem“. So äußerte sich der ehemalige Polizeipräsident noch lange, selbst nachdem ein organisierter Neonazi, Michael Berger, im Jahr 2000 drei Polizisten in Dortmund und Waltrop erschossen hatte. Auch der nächste Dortmunder Nazi-Mord an Thomas Schulz alias „Schmuddel“ im Jahre 2005 wurde nicht als „rechtsextreme Straftat“ registriert. Tödlich verletzt wurde der Punk von Sven Kahlien, organisierter Skinhead aus Dorstfeld und feste Größe der Neonaziszene. Zwar war nach dem Mord an der Kampstraße der antifaschistische Druck so stark, dass die offizielle Totschweige-Taktik ins Wanken geriet. Doch der Beschluss der Bezirksvertre-



Helmut Manz (l.) und Cüneyt Caradas sitzen für DIE LINKE in der Bezirksvertretung I.-Nord.

tung Innenstadt-West, eine Gedenktafel am Tatort zu installieren, wartet seit über sieben Jahre auf seine Umsetzung.

(hm/pta)

Dortmunder Haushalt 2013: Sozial geht anders

Statt Schwarz-Rot kürzt jetzt Rot-Grün

Haushaltsberatungen gelten als Sternstunden der Demokratie. Die BürgerInnen haben über Parlamente und Räte das Recht, Regierungen und Verwaltungen die Verwendung öffentlicher Gelder vorzuschreiben. In Dortmund hat die Schwarz-Rote Haushaltsmehrheit zu Rot-Grün gewechselt. Die CDU hat für 2013 keinen einzigen Haushaltsantrag in die Beratungen eingebracht. Besser kann man einen politischen Konkurs eigentlich nicht mehr darstellen. Doch auch die SPD-Fraktion hat auf ihr Budgetrecht fast völlig verzichtet.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich Gedanken gemacht hat, wie man

trotz der Unterfinanzierung der Kommunen eine solide Grundlage für den Haushalt bekommt, ohne ein Streichkonzert zu verursachen. Die anderen Parteien bevorzugen Kürzungen. Daher haben wir Einnahmesteigerungen von über 20 Millionen Euro beantragt. Zustände kämen sie durch eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer, eine Abgabe für Telekommunikationsunternehmen für ihre Mobilfunkmasten im Stadtgebiet und eine Abgabe auf die rund 26.000 gemeldeten Schusswaffen in Dortmund. Hinzu kommt eine Abgabe für die Betreiber von Solarienanlagen, eine Gesundheitsabgabe also, mit der das Dortmunder Klinikum gestützt

werden soll. Denn: Die Gesundheit geht vor!

Für ein soziales Dortmund wollen und müssen wir auch Geld in die Hand nehmen. DIE LINKE will eine Preissubventionierung für das VRR-Sozialticket und eine finanzielle Erleichterung für jene künftigen Hundehalter, die Tiere aus dem Heim bevorzugen. Dagegen lehnten wir die von SPD und Grünen durchgesetzte Kürzung des Arbeitsmarktprogrammes der Verwaltung ab. DIE LINKE fordert stattdessen mehr öffentliche Beschäftigung für Dortmund.

(uk)

Energiepolitik: STEAG und DIE LINKE

Kommunaler Beirat verschafft Verbrauchern mehr Gehör



Mitbestimmung der Verbraucher: Teure Überraschungen sollen künftig weniger werden.

Wie geht es weiter mit der STEAG? Zu dieser Frage hat DIE LINKE im August ein von ihr beauftragtes Gutachten vorgestellt. An Deutschlands fünftgrößten Energiekonzern sind die Dortmunder DEW21 und die Stadtwerke mit jeweils 18% beteiligt.

Das STEAG-Gutachten hat die Debatte über die Beteiligung intensiviert. Denn es zeigt Probleme auf. So hat das Kraft-

werk Walsum in Duisburg ein Loch in die Finanzdecke der STEAG gerissen, weil es entgegen der Planungen durch Defekte am Heizkessel noch nicht ans Netz gehen kann. Rote Zahlen schreibt auch das RWE-Kraftwerk Gekko in Hamm, an dem sich DEW21 ebenfalls beteiligt hat. DEW21 wurde hier von RWE finanziell über den Tisch gezogen, wie ein Vergleich der Kosten bei Gekko mit den Kosten bei der STEAG zeigt.

„DEW kommunal“ will RWE den Geldhahn abdrehen

DIE LINKE fordert: Energie und Wasser gehören in kommunale Hand

DIE LINKE will, dass Dortmund selbst über seine Energie- und Wasserversorgung bestimmt. Im Bündnis „DEW kommunal“ setzt sie sich dafür ein, dass sich die DEW21 vom Einfluss der RWE befreit. Warum ist das wichtig? KNALLROT fragte Wolf Stammnitz, energiepolitischer Sprecher der Dortmunder LINKEN.

KNALLROT: Wolf, warum will DIE LINKE, dass die RWE sich aus der DEW21 zurückzieht?

Wolf Stammnitz: Weil die RWE einer der vier Energiemultikonzerne in Deutschland ist. Bei ihr geht es nicht um die Umwelt oder die Menschen oder unsere Stadt. Da geht es nur um Gewinne.

Warum ist das schlecht?

Na, wir wissen alle, dass die Frage der Energieproduktion unsere Zukunft bestimmt. Setzen wir weiter auf Kohle, Gas und Erdöl, dann heizen wir das Klima an. Setzen wir auf Atomkraft, dann setzen wir uns unkalkulierbaren Risiken aus. Doch die RWE verdient mit Atom-

und Braunkohlekraft ihr Vermögen. Also macht sie weiter wie bisher. Ihre rührend ökologische Werbung hat mit der Wahrheit nichts zu tun.

Wie könnte da ein kommunaler Anbieter besser sein?

Zum einen, weil verbrauchernahe Stromerzeugung in kleinen Kraftwerken viel effizienter ist, als ihn aus Großkraftwerken Hunderte Kilometer durch Hochspannungsnetze zu jagen. Und zum anderen, weil verantwortlicher Umgang mit Energie auf Mitbestimmung aufbauen muss, die es in Großkonzernen gar nicht gibt. Für Profitjäger spielen gute Arbeitsplätze keine Rolle.

Aber so ein Umbau kostet doch viel.

Ja, aber perspektivisch sinken die Preise, weil die vier Energiemultis derzeit die Preise diktieren und hoch halten. Dagegen helfen nur viele kleinere Produzenten und echter Preiswettbewerb. Zudem zieht die RWE jedes Jahr 20 Millionen Euro Gewinn aus der DEW21. Die fehlen der Stadt an allen Ecken und Enden.

Das größte Problem für den ökologischen Umbau und die Modernisierung der STEAG stellt aber die Politik der Bundesregierung dar. Mit den Vorgaben von CDU, CSU und FDP lohnt es sich derzeit finanziell nicht, in moderne Kraftwerkstechnologie zu investieren. DIE LINKE will Planungssicherheit für den Bau von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien und für Gas- und Dampfkraftwerke mit Kraftwärmekopplung. Denn in der Fernwärme liegt eine der großen Stärken der STEAG mit ihrem großen Netz im Ruhrgebiet.

Nachdem der Ratsantrag der LINKEN in Bezug auf den Verkauf des atomaren Zwischenlagers in Ahaus inzwischen umgesetzt wurde, ist die nächste Etappe zur Weiterentwicklung der STEAG der ökologische Umbau des Standortes Herne mit Hilfe der GuD-Kraftwerkstechnik. Auch die Einrichtung eines Beirates zur Begleitung der STEAG-Politik ist in der Diskussion. Während DIE LINKE einen kommunalen Beirat möchte, zielen die großen Parteien auf einen Beirat, der von Landespolitikern bestückt wird. (uk)

Beteiligung an RWE-Werk kostet 70 Jobs bei DEW21



Utz Kowalewski
Fraktionssprecher
DIE LINKE im Rat der
Stadt Dortmund

Die Entscheidung des Rates zur Beteiligung der DEW21 an dem RWE-Kraftwerk „Gekko“ kostet nun 70 Arbeitsplätze bei dem Dortmunder Versorgungsunternehmen. Gegen die MitarbeiterInnen soll auch Druck aufgebaut werden, berichtete die WR am 26. November 2012.

„Vor genau fünf Jahren hat die Lobby der RWE im Dortmunder Rat eine Beteiligung am Kraftwerk in Hamm durchgesetzt. Vor der geheimen Abstimmung hatten SPD, FDP und die Neonazis der DVU ihre Zustimmung angekündigt, während CDU, Grüne, Bürgerliste und LINKE gegen die Entscheidung stimmen wollten“, erinnert sich Utz Kowalewski, Fraktionssprecher der LINKEN.

„Nun zeigt sich, dass RWE den Rat wie die Verantwortlichen der DEW21 über den Leisten gezogen hat. Es ist überaus schäbig, nun die Beschäftigten der DEW21 für das Wirken der RWE-Lobby bluten zu lassen“, so der LINKEN-Sprecher. Begünstigt wurde die Fehlentscheidung sicherlich auch durch die Beteiligung der RWE an der DEW21, meint Kowalewski. (uk)



Windkraft: Keine Alternative für RWE.

Aber wie kann die RWE denn aus der DEW21 vertrieben werden?

Ende 2014 läuft der Vertrag zwischen DEW21 und RWE aus. Bis dahin müssen wir noch mehr Menschen davon überzeugen, dass saubere und günstige Energie nur ohne die RWE funktioniert. Dafür müssen wir die Stadtspitze unter Druck setzen, SPD und CDU machen Lobbyarbeit für die RWE. Daran arbeitet DIE LINKE im Bündnis „DEW kommunal“.

Arbeitslosenzahlen in Dortmund steigen

In Dortmund gibt es laut offizieller Statistik eine strukturelle Arbeitslosenquote von mehr als 13 Prozent mit ansteigender Tendenz. Bundesweit liegt diese Quote bei knapp über sechs Prozent. Inzwischen hat sich längst herumgesprochen, wie sehr bei dieser Statistik manipuliert wird.

Aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik fallen zum Beispiel Minijobber, Über-58-Jährige oder Arbeitslose heraus, die



Viele „Kunden“ auch 2013.

man seitens der ARGE in teils recht obskuren Weiterbildungsmaßnahmen geparkt hat. Ebenso diejenigen Menschen, die sich gar nicht erst arbeitslos melden, weil sie die Hoffnung auf einen anständig bezahlten Job längst aufgegeben haben. Ganz zu schweigen von so genannten „Aufstockern“, deren Arbeitslohn noch unterhalb der Hartz-IV-Sätze liegt oder von Leiharbeitern, die mit Dumpinglöhnen in einer Art von moderner Lohnsklaverei gehalten werden. Hier gibt es in vielen Fällen eine versteckte Arbeitslosigkeit. Die Stadt ist aufgerufen, hier gegenzusteuern.

(mm)

Dortmunds Arme reisen weiter teuer

Auch VRR-Sozialticket ab 1. Januar verdient seinen Namen nicht



Zu teuer für viele Dortmunder: Der Öffentliche-Personen-Nahverkehr in und um Dortmund.

Ein neues Sozialticket für Geringverdiener und Bezieher von Sozialleistungen – nach dem völlig überbeuerten Angebot der Stadtwerke in den vergangenen Jahren war die Ankündigung des VRR viel versprechend. Doch auch die neue Variante ist das Etikett „sozial“ nicht wert. Mobilität bleibt in Dortmund für viele schwer erschwinglich.

„Sozialticket“ – so nannte Dortmunds SPD-Ratsfraktions-Chef Ernst Prüsse ernsthaft ein Ticket, das im Monat 33,04 Euro kostet und erst ab 9 Uhr gültig ist. Im Dezember letzten Jahres lief es aus. Nur 7000 Abonnenten wollten es. Dem Rest war es schlichtweg zu teuer.

Die seit dem 1. Januar 2013 in Dortmund gültige VRR-Variante des „Sozialtickets“ ist mit monatlich 29,90 Euro nun ganze 3,14 Euro günstiger. Es gilt allerdings nun ohne Zeitbeschränkung. Ein Durchbruch für die Menschen in Hartz IV? Wohl kaum. Der Bochumer DGB-Vorsitzende Michael Hermund nennt das neue Ticket einen „Flop“. Auch die Landesvorsitzende des Sozialverbands Deutschland (SoVD) NRW, Gerda Bertram, hält das aktuelle „Sozialticket“ nach wie vor für zu teuer. „Im Hartz IV-Satz sind für Mobilität nur knapp 20 Euro vorgesehen – daran sollte sich der Preis orientieren.“

Dass das neue Modell für die Zielgruppe schlicht unerschwinglich ist, weiß auch der VRR: Eine in Auftrag gegebene Marktuntersuchung stellte noch im Sommer fest, dass nur rund fünf Prozent der Berechtigten dieses „Sozialticket“ nutzt. Das liegt allein an den Kosten, wie sich im Januar 2010 in Dortmund zeigte. Damals verdoppelten die Ratsfraktionen von SPD und CDU den Preis des Sozialtickets von 15 auf 30 Euro. Von 24.000 Abonnenten kündigten 10.000 sofort, Ende 2010 fuhren nur noch 7800 auf dem Ticket.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich auch weiter für ein bezahlbares Sozialticket ein, denn jeder fünfte Mensch in Dortmund braucht Sozialleistungen, um auszukommen. Sie alle hätten von einem vernünftigen Sozialticket profitiert. Auf die anderen Parteien verlassen können sie sich nicht. Die Grünen enthielten sich der Stimme, als es um ein Sozialticket für 15 Euro ging. Und die Sozialdemokraten erklärten noch im September 2012 scheinheilig: „Das Sozialticket ist sozialpolitisch wichtig.“ Aber: „Ein niedrigerer Preis ist bei den geltenden finanziellen Rahmenbedingungen nicht darstellbar.“ (he/pta)

Rot-Rot setzt Neueinstellungen durch

Neues Personal im Jugendamt, dem Sozialamt, der Feuerwehr und den Bürgerdiensten

Um vergangene personalpolitische Fehlentscheidungen aufzufangen, haben SPD und LINKE im Herbst 2012 im Finanzausschuss die Einstellung neuer Mitarbeiter für die Stadtverwaltung durchgesetzt. CDU, FDP und Grüne haben dagegen gestimmt. Der Rat hat den Beschluss des Finanzausschusses und eine Empfehlung des Personalausschusses dann mehrheitlich nachvollzogen. Unter den Neueinstellungen sind MitarbeiterInnen im Jugendamt, dem Sozialamt, der Feuerwehr oder den Bürgerdiensten – insgesamt 22,6 neue Stellen.

Notwendig geworden waren die außerplanmäßigen Einstellungen aufgrund der jahrelangen Kürzungen. Mit dem Nachtragshaushalt 2009 hatten SPD und CDU der Stadtverwaltung auferlegt, jedes Jahr zwei Prozent im Personalbudget zu kürzen. Dabei hatte der städtische Personalrat erst im Frühjahr über die immensen, personellen Engpässe in der



Gerolsteiner91 / wikipedia

Neue Mitarbeiter für eine neue Feuerwache.

Stadtverwaltung geklagt (KNALLROT berichtete im Juni 2012).

Auf Druck aus Personalvertretungen, Gewerkschaften und LINKEN hat sich der Oberbürgermeister dazu entschlossen, dem Stadtrat eine Milderung der Kürzung auf entweder einen oder anderthalb Prozent vorzuschlagen. In den Haushaltsberatungen sind SPD und Grüne aber weder dieser Verwaltungs-

vorlage noch dem Antrag der LINKEN gefolgt, den Kürzungsbeschluss wieder ganz aufzuheben. Damit setzt Rot-Grün weiter im großen Stil auf Arbeitsplatzvernichtung in der Dortmunder Stadtverwaltung. Auch die Gewerkschaft Verdi hatte gefordert, den Beschluss auszusetzen, bis die Politik geklärt hat, welche Aufgaben in der Stadtverwaltung künftig nicht mehr gemacht werden sollen. (uk)

„Dortmunds Schulden sind regelrecht explodiert.“

Interview mit Utz Kowalewski, finanzpolitischer Sprecher der Ratsfraktion DIE LINKE

Grünpflege und Kanäle bleiben bei der Stadt



DIE LINKE bei der Demonstration „UmFAIRteilen“ am 26.09.2012 in Bochum.

KNALLROT: Dortmund ist im großen Stil verschuldet – und jährlich kommen weitere Millionen Euro Schulden hinzu. Worauf führt DIE LINKE das zurück?

Utz Kowalewski: Dortmunds Schulden sind seit 2000 regelrecht explodiert. Damals hatte die Stadt 922 Mio. Euro Schulden. Heute liegen wir bei 2,2 Milliarden. Das hat mehrere Ursachen. Einerseits haben der Bund und das Land NRW immer mehr Aufgaben an die Kommunen abgegeben, ohne dafür die Gegenfinanzierung bereit zu stellen. Damit sind die kommunalen Haushalte flächendeckend in die

Schiefelage gekommen. Andererseits hat die Stadt extrem teure Leuchtturmprojekte wie den U-Turm oder den Flughafen in die Landschaft gestellt. Dieser Teil des Problems ist hausgemacht. Ab 2007 kam dann noch die Banken- und Eurokrise dazu.

Die Situation weist ja auf ein strukturelles Problem hin: Für die städtischen Aufgaben ist einfach zu wenig Geld da. Wie kam es dazu? Gleichzeitig mit der Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene wurde den öffentlichen Haushalten die Einnahmebasis entzogen. So haben

alle Bundesregierungen seit Gerhard Schröder großzügige Steuerentlastungsprogramme für reiche Haushalte, Vermögende und Unternehmen organisiert, wie auch der Kommunalfinanzbericht für 2012 von Verdi belegt.

Wie will DIE LINKE mit diesem Problem umgehen?

Die Stadt muss vor allem drei Dinge tun. Erstens: Durchsetzen, dass derjenige, der die Musik bestellt, auch die Rechnungen bezahlt. Da gibt es mehr Möglichkeiten sich zu wehren – auch gegen Parteifreunde auf anderen Ebenen. Zweitens: Die Kommunen haben ein Steuerfindungsrecht. Das muss man einfach mal nutzen. Auch die mit Rot-Rot-Grüner Ratsmehrheit beschlossene Gewerbesteuererhöhung ist richtig. Drittens: Wir brauchen mehr öffentliche Beschäftigung, um Menschen aus der Armut zu holen. Das entlastet auch den Sozialetat des Haushaltes.

Bündnisse wie UmFAIRteilen weisen darauf hin, dass vor allem Gering- und Normalverdiener unter leeren Stadtkassen zu leiden haben. Wie drückt sich das in Dortmund aus?

Kürzungen betreffen vor allem soziale Errungenschaften sowie das dafür abgestellte städtische Personal. Dazu zähle ich Schwimmbäder, Sportanlagen, Jugendtreffs, Schulen oder kulturelle Einrichtungen. Für die Stadt ist es relativ einfach, hier den Rotstift anzusetzen. Solche Kürzungen können Besserverdienende natürlich besser verkraften, als Menschen mit geringen Einkommen.

Mit den Haushaltsbeschlüssen für 2012 hatten CDU und SPD sowohl das Dortmunder Abwasserkanalsystem in einen Eigenbetrieb als auch den Bereich Grünpflege aus dem Tiefbauamt zur EDG ausgliedern wollen. Beide Vorstöße sind nun im Vorfeld der Haushaltsberatungen für 2013 gescheitert.

Beim Kanalnetz hat eine externe Beratungsfirma festgestellt, dass eine Privatisierung für die Bürger und die Stadt unwirtschaftlicher wäre. Das hat die Argumentation der LINKEN gestärkt. Tatsächlich ist es notwendig, einen Großteil der erhobenen Abwassergebühren, mindestens aber 22 Millionen Euro ins Kanalnetz zu investieren. Derzeit werden nur rund 14 Millionen reinvestiert. Die Höhe des Budgets für Instandhaltung ist aber eine Frage des politischen Willens und nicht der Organisationsform.



Stefan Kunzmann / wikipedia

Das kann die Stadt selbst: Sanierung des Ruppingsbachs.

Bei der Grünpflege hat die EDG selbst festgestellt, dass sie die vom Tiefbauamt durchgeführten Arbeiten günstiger anbieten kann. Dabei spielt ein steuerlicher Nachteil privatrechtlicher Betriebe eine Rolle, aber auch die Tatsache, dass der Stadt vom Jobcenter 150 Ein-Euro-Jobber kostenlos zur Verfügung gestellt werden. (uk)

Peinliches aus dem Stadtrat: SPD verhindert Resolution für eine Vermögensteuer

Dem reichsten Zehntel der Menschen in Deutschland gehören 63 Prozent des gesamten deutschen Privatvermögens. Deshalb hat die Hälfte aller Haushalte heute keine Rücklagen mehr – oder gar Schulden. Angesichts solcher alarmierender Zahlen und angesichts restlos aufgebrauchter öffentlicher Gelder sind sich viele Menschen einig: Wir brauchen eine Vermögensteuer für Millionäre!

Das findet auch die Fraktion DIE LINKE und beantragte im Rat, Dortmund möge dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt!“ beitreten. Unterstützt wird es selbst von Granden der SPD wie dem Vorsitzenden Sigmar Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles. Denn nach der NRW-Wahl weiß man im Willy-Brandt-Haus: Soziale Gerech-

tigkeit verkauft sich wieder gut. Doch mindestens eine andere Größe der SPD unterstützt das Bündnis offenbar nicht: Ernst Prüsse, Chef der Dortmunder SPD-Fraktion. Seine Ratsleute brachten es fertig, den Antrag abzulehnen, entgegen den Beteuerungen der um ihr soziales Image bemühten eigenen Partei. Dortmund, Stadt mit hoher Armutsquote und völlig leerem Haushalt, bleibt dank der SPD in einem Bündnis außen vor, dass für sozial gerechte Besteuerung eintritt. Ist Prüsse damit weniger sozial als seine Parteifreunde in Berlin? Als Steinmeier, der stolze Hartz-IV-Erfinder? Oder Steinbrück, der über Jahre Unternehmen von Steuern entlastete? Als Müntefering, der die Rente mit 67 ersann? Hm. Ernst Prüsse ist vielleicht einfach ein waschechter Sozialdemokrat.

Stadt stellt Pleckenbrinksee weiter unter Schutz

Den Pleckenbrinksee zwischen Wickede und Husen hat der Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien erneut unter Naturschutz gestellt. Der bisher gültige Schutz lief im Oktober 2012 aus. Letztmalig wird daher die einstweilige Sicherstellung um weitere zwei Jahre bis Oktober 2014 verlängert, so dass dem ökologisch wertvollen See derzeit keine Gefahr droht.



Pleckenbrinksee in Wickede.

Darüber hinaus steht die Stadt in Verhandlungen mit den Grundstücksbesitzern um einen Grundstückstausch vorzunehmen. Die EignerInnen sollen zum Ausgleich Flächen am Kurler Busch erhalten.

„Damit ist DIE LINKE einem wichtigen Etappenziel näher gekommen, um ein interkommunales Naturschutzgebiet im Dortmunder Osten durchzusetzen. Wenn der See unter Naturschutz gestellt wird und mit dem Naturschutzgebiet Wickeder-Ostholz zusammengefasst wird, fehlt nur noch der Wald am Nordufer des Pleckenbrinksees, der sich aber auf dem Gebiet der Stadt Kamen befindet“, so Hannes Fischer, Mitglied für DIE LINKE in der Bezirksvertretung Brackel.

(uk)

OWIIIa: Bis hierhin und nicht weiter!

Kaum Entlastung - hohe Kosten - versiegelte Flächen



Die OWIIIa endet im Osten Dortmunds auf der Höhe der Asselner Straße.

Der Weiterbau der OWIIIa wird immer umstrittener, nachdem mittlerweile auch die prognostizierte Entlastungswirkung mehr als fraglich geworden ist. Während die Mehrheit der Politik sie will, lehnt ein Großteil der Anwohner und Naturschützer die OWIIIa ab. Die Antwort der Verwaltung auf Fragen der LINKEN im Ratsausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien sorgt nun für weiteren Diskussionsstoff.

Nach der Planung aus 2005 kostet der Ausbau der OWIIIa von der Asselner Straße bis zur Dortmunder Straße 9,5 Millionen Euro. Kostenanteile für Lärmschutz und die Anbindung an die innerörtlichen Straßen sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt! Bei der aktuellen Haushaltslage der beteiligten Kommunen und dem Land NRW stellt sich natürlich die Frage, wie dieses unsinnige Projekt eigentlich finanziert werden soll.

Auch die im Jahr 2005 geschätzte Entlastung für den Hellweg, angegeben mit 8700 bzw. 10.200 Pkw, ist nicht mehr aktuell. Nach einer Untersuchung aus 2010 werden auf dem Hellweg 16.200 bis 20.900 Autos täglich im „Prognose-Null-Fall“ vorhergesagt. Folglich liegt auch die Entlastung nur bei 3400 bis 5700 Kfz – Tendenz weiter sinkend. Denn sowohl auf der Wickeder Straße als auch auf dem Flemerskamp zeigen Verkehrszählungen aus 2012 eine starke rückläufige Verkehrsnutzung – insbesondere durch PKW.

Das Thema „Weiterbau der OWIIIa“ wird uns auch in Zukunft noch beschäftigen. Doch müssen sich nun die Befürworter fragen lassen, warum man ein Straßenbauprojekt vorantreiben möchte, das freie Flächen frisst und das Klima schädigt, aber dessen tatsächliche Verkehrsentlastungswirkung höchst fraglich ist.

Stefan Herbst

Sprecher der Bürgerinitiative

„Schützt unseren Freiraum“ (BISuF)

<http://bisuf.blogspot.de/>

Oespel: Ein ländlicher Stadtteil wird zugebaut

Bedenken gegen Bebauung am Steinsweg bleiben

Skeptisch bleibt DIE LINKE in Bezug auf die beschlossene weitere Bebauung am Oespeler Steinsweg. Über Jahre hatten sich Anwohner in der Initiative „Pro Oespel“ gegen das Vorhaben gewehrt. Jüngst setzte sich nun eine Mehrheit in Rat und Lütgendortmunder Bezirksvertretung darüber hinweg und segnete den Bebauungsplan Lü 148 ab. Bezirksvertreter Ahmet Sahin (DIE LINKE) meint: „Das Vorhaben ist alles andere als optimal.“

Zwar habe die Stadt bei der Erschließung des Geländes mit Kanälen eine Lösung für das bei starkem Regen anstehende Oberflächenwasser gefunden. Größte Bedenken hat Sahin aber mit Blick auf die Hochspannungsmasten am Baugebiet. „Durch den festgelegten Abstand zwischen Leitungen und Bauten kann nicht garantiert werden, dass es keine schädlichen Einflüsse für die neuen Mitbewohner am Steinsweg gibt. Denn der Richtwert hat mit Strahlenschutz nichts zu tun“, erklärt Ahmet Sahin. Es sei also unklar, welche Wirkung die Magnetfelder auf Menschen haben werde.



Ahmet Sahin am Steinsweg.

„Außerdem wurde bereits angekündigt, die Stromspannung auf den Leitungen noch zu erhöhen.“

Unklar ist Ahmet Sahin auch noch der Umgang mit dem Lärm der ebenfalls angrenzenden Sauerlandlinie, der A45. „Der B-Plan sieht gegenwärtig einen Lärmschutzwall im Sicherheitsbereich der Hochspannungsleitungen vor. Ich bin mir unsicher, ob der genehmigt wer-

den kann, von der Begrünung ganz zu schweigen.“

Darüber hinaus regt Ahmet Sahin der immense Flächenverbrauch des Projektes auf. „Seit Jahrzehnten wissen wir, dass wir nicht weiter jede freie Fläche asphaltieren und bebauen dürfen, aber genau das passiert und zwar besonders in Oespel. Hier wird wirklich alles zugestrichelt.“ Da sei nicht nur der wachsende Verkehr im Vorort ein Problem. Sahin: „Der Charakter von Oespel ändert sich – doch die Einwände der Anwohner werden weg gestimmt.“

Die Beweggründe der Stadt liegen für Sahin eindeutig auf der Hand. Denn die Fläche zwischen Steinsweg, Ewald-Görshop-Straße und A45 gehöre zum sogenannten Sondervermögen der Stadt, mit deren Verkauf sie ihren verschuldeten Haushalt ausgleichen will. „Also vermarktet die Stadt das Gelände, zieht 150 neue Wohneinheiten hoch und spielt alle Bedenken herunter“, moniert Sahin. „Den neuen MitbewohnerInnen am Steinsweg ist zu wünschen, dass die Bedenken unbegründet bleiben.“ (nk/pta)

Huckarde wehrt sich gegen Rechte

DIE LINKE: „Es hilft nur, auf die Straße zu gehen!“



Huckarder Bürger demonstrieren gegen Nazis am 15.12.2012.

Solche Nachbarn wünscht sich keiner: Seit November ist bekannt, dass die Partei „Die Rechte“ ein Büro in Huckarde einrichten will. Seither wehren sich immer mehr Menschen im Stadtbezirk gegen die militanten Neonazis. Auch DIE LINKE ist dabei.

Denn die Sorgen der Anwohner sind berechtigt. Hinter der Neugründung „Die Rechte“ stecken altbekannte, hoch gewaltbereite Faschisten. Ihr Vorsitzender in Dortmund ist Sieg-

fried Borchardt, besser als „SS-Siggi“ bekannt. Seine Borussenfront terrorisierte bereits in den 1980er-Jahren unsere Stadt. Aktiv war er auch in der Neonazi-Partei FAP, ebenso im „Nationalen Widerstand Dortmund“, der, davon gehen nicht nur Behörden aus, in den vergangenen Jahren für eine Vielzahl von Angriffen auf Migranten und massiven Bedrohungen Andersdenkender verantwortlich war. Wichtiger Kader der Kameradschaft war Dennis Giemisch – heute ist auch er Funktionär der neuen Partei. Denn im

letzten Sommer wurde der Nationale Widerstand verboten, wie 1995 auch die FAP.

„Es kann nicht sein, dass sich solche rechten Strippenzieher so einfach wieder hinter dem nächsten Partei-Deckmantel verstecken können“, sagt Nursen Konak. Die Huckarderin und Ratsfrau der LINKEN verlangt das sofortige Verbot der Rechten als Nachfolgerin bereits verbotener Organisationen. Jeden Samstag im Dezember stand sie auf dem Marktplatz und protestierte gegen das braune Büro. „Gerade jetzt können und müssen wir verhindern, dass die Neonazis hier Fuß fassen.“

Auch Timm Schobert, Bezirksvertreter der LINKEN in Huckarde, sieht die Gefahr für den Stadtbezirk. In Rahm seien kürzlich bereits Jugendliche von Rechten überfallen worden. „Dagegen hilft allein, weiter gegen Neonazis auf die Straße zu gehen“, meint Schobert. „Wenn möglichst viele HuckarderInnen gegen Rechts zusammenstehen, vertreiben wir die Faschisten.“

(pta)

Noch keine Verwendung für Lehrschwimmbecken Holzen

Gegen den Widerstand der LINKEN in Rat und Hörder Bezirksvertretung wurde bereits 2011 die Schließung des Holzener Lehrschwimmbeckens beschlossen. Seit September 2012 liegt nun ein Verwaltungsvorschlag zur weiteren Nutzung vor: Das ehemalige Becken soll als Multi-



Lehrschwimmbecken.

funktionsraum und Aula-Ersatz für die Schule dienen, allerdings in einer Billig-Version. Der Raum müsste durch die ehemaligen Waschräume betreten werden und er bliebe vollständig gekachelt – ein Multifunktionsraum mit Waschküchencharme.

Gemeinsam ist es den Vertretern der LINKEN in der Bezirksvertretung Hörder und im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien (AUSWI) gelungen, die anderen Fraktionen vom Unsinn dieser Variante zu überzeugen, so dass sie nicht beschlossen wurde. Jetzt liegt „der Ball“ wieder im Feld der Stadtverwaltung, mit dem Arbeitsauftrag, zusammen mit der Schule und den AnwohnerInnen eine vernünftige Nutzungsmöglichkeit zu entwickeln. Man darf gespannt sein wie es weitergeht...

(tb)

„Schule am Hafen“: Aufbewahrung statt Bildung?

Fortsetzung von Seite 1: Stadt konzentriert Förderschüler im Norden

Die jüngst öffentlich gewordenen Pläne für die „Schule am Hafen“ stoßen auf erbitterten Protest der Partei DIE LINKE. „Wenn die Stadt Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf und mangelndem Deutsch in einer Schule konzentriert, dann zementiert sie ihre Probleme und bürdet den Menschen im Norden unlösbare Aufgaben auf“, so Vize-Bezirksbürgermeister Helmut Manz. „Die Schüler brauchen Chancen für die Zukunft. Die gibt es mit der geplanten Riesen-Hauptschule nicht.“

Bereits jetzt finde Inklusion, also der gemeinsame Unterricht von förderbedürftigen mit unbenachteiligten Schülern, insbesondere in den Hauptschulen der nördlichen Innenstadt statt. Und bei der Sprachförderung stünden die Lehrer bereits jetzt vor großen Herausforderungen, weil viele SchülerInnen nicht aus dem deutschen Sprachraum stammten. „Hier nun



bunte-schule-dortmund.de

Vergangenheit: Das Konzept Bunte Schule.

weitere Kinder mit Förderungsbedarf und ohne Deutsch-Kenntnisse zu konzentrieren, sei schlicht unverantwortlich“, meint Helmut Manz.

Ziel von Inklusion sei, dass benachteiligte Schüler auch von unbenachteiligten Kindern lernen könnten. Folglich käme es auf ein vernünftiges Verhältnis an. „Deshalb sind Inklusion und Sprachförderung Aufgaben aller Dortmunder Schulen und nicht vordringlich die eines Stadtteils“, erklärt Manz. „Wir fordern ein Konzept, das allen Jugendlichen Bildungschan-

cen schafft – und sie nicht in Teilen aussortiert und aufbewahrt.“

Manz fordert nun von der SPD im Stadtbezirk, mit der LINKEN für die gemeinsam getroffenen Vereinbarungen zur Bildung zu kämpfen. „Gemeinsam wollten wir eine Gemeinschaftsschule im Dortmunder Norden, die zusammen mit der Anne-Frank-Gesamtschule für alle Kinder auch hohe Abschlüsse ermöglicht hätte, so Manz. „Die Pläne für die Hauptschule akzeptiert DIE LINKE für unsere Kinder nicht.“

Erinnern will Manz die SPD auch an einen gemeinsamen Beschluss für eine „Bunte Schule“. Denn für das seit Jahren im Norden geplante waldorfpädagogische Schulprojekt bedeuten die Pläne der Stadt das endgültige Aus. Die in Aussicht gestellte Lützowschule steht nicht mehr zur Verfügung. „Die Stadt opfert die ‚Bunte Schule‘ für ein Konzept der Chancenlosigkeit“, kritisiert Helmut Manz.

(pta)

Fritz-Henßler-Berufskolleg: Absurdes Theater um Instandhaltung

Wie gelegentlich agiert wird, um sinnvolle Anträge der LINKEN im Rat zu blockieren, haben SPD und FDP/Bürgerliste in der Sanierungsfrage des Fritz-Henßler-Berufskollegs während der Septembersitzung des Rates gezeigt. Dass saniert werden muss, ist bereits Beschlusslage, und dass nach einer Sanierung auch für die Unterhaltung des Gebäudes im Sinne einer sachgemäßen Pflege gesorgt werden muss, ist eigentlich ebenfalls allen Beteiligten klar. DIE LIN-



Fritz-Henßler-Berufskolleg.

KE beantragte daher, eine auskömmliche Instandhaltung in die Haushalte der kommenden Jahre einzustellen. Zustimmung zu diesem Vorschlag kam denn auch von CDU und Grünen. SPD und FDP/Bürgerliste konnten sich jedoch darauf nicht einlassen und stimmten dagegen. Kaum zu glauben, aber leider wahr. Somit bleibt das Fritz-Henßler-Berufskolleg nach seiner Sanierung ohne Pflege. DIE LINKE meint: Absurdes Polit-Theater, das klar zulasten der Betroffenen geht. Nicht schlecht staunten auch die ZuschauerInnen auf der Tribüne des Ratssaales über die rot-gelbe Posse. (mm)

Stadtbezirke wehren sich gegen Ausblutung

Droht den Dortmunder Bezirksparlamenten nun das finanzielle Aus?



Bezirksvertreter Dr. Matthias Meyn inspiziert das marode Vordach der Käthe-Kollwitz-Schule.

Im vergangenen Jahr hat sich DIE LINKE mit ihren Bündnispartnern erfolgreich gegen den Versuch wechselnder Mehrheitsfraktionen im Rat gewehrt, die Zahl der Dortmunder Stadtbezirke zu reduzieren. Unsere Begründung war: Insbesondere RentnerInnen aber auch weniger Gutbetuchte müssen in der Lage sein, Ämter auf kurzen Wegen zu erreichen. Unsere Forderung: Wir brauchen eine Stadt mit einer bürgernahen Verwaltung. Eine Schließung der Bezirksverwaltungen in Eving und Huckarde würde auf Kosten der Bürgernähe gehen.

Aber das Streichkonzert soll fortgesetzt werden, diesmal offenbar mit

anderen Mitteln. So hat der Stadtkämmerer jetzt Überlegungen angestellt, den Bezirksvertretungen bereits für das Haushaltsjahr 2013 50 Prozent ihrer Mittel zu streichen. Für die Bezirksverwaltungen würde das bedeuten, dass in erheblichem Umfang Personal eingespart werden müsste. Im Sinne einer Trennung von Front- und Backoffice würde dann in den Bezirksverwaltungsstellen nur noch wenig Personal sitzen. Wichtige Kompetenzen würden zentralisiert. Im Klartext: Keiner vor Ort hat mehr Ahnung, und es gibt lange Wartezeiten. Darüber stünden wichtige, bereits beschlossene Projekte der Bezirke vor dem Aus. Gefährdet sind allein

im Stadtbezirk Hörde unter anderem die Fahrbahnerneuerung der Brücherhofstraße, die Treppenanlage am Krinkelweg, das Gerätehaus des Hörder SC, der Jugendraum in Holzen, die Unterstützung der Bücherei Wellinghofen sowie die gesamte Förderung von Jugendprojekten, wie eine Recherche des LINKEN-Bezirksvertreters Torsten Behrendt ergab.

Aber die Bezirksvertretungen beginnen sich zu wehren. Die Bezirksvertretung westliche Innenstadt hat auf Antrag der LINKEN einstimmig beschlossen, die Streichungspläne des Stadtkämmerers in aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Dr. Matthias Meyn, Bezirksvertreter der LINKEN: „Wenn der Bezirksvertretung künftig Mittel in Höhe von zirka 260.000 Euro für ihre laufenden Kosten fehlen sollten, dann kann sie ihren demokratischen Auftrag als bürgernahe Institution nur noch eingeschränkt wahrnehmen. Das kann auf keinen Fall hingenommen werden. Dortmund braucht mehr Bürgernähe – nicht weniger.“ DIE LINKE sieht in den Einsparungsplänen des Stadtkämmerers einen neuen Versuch, die Bezirke ausbluten zu lassen. An die Stelle einer Schließung von Stadtbezirken soll offenbar jetzt das Kaputtsparen treten. (mm)

Steigende Flüchtlingszahlen in Hacheneu

Erstaufnahmeeinrichtung in Hacheneu: Zulauf von Flüchtlingen war keine Überraschung



Die Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund Hacheneu.

Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen war die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (EAE) in Hacheneu im Herbst stark überbelegt. In Folge wurden Notunterkünfte in Derne, in der Sporthalle am Brüggmannblock und im Loh errichtet.

Grundsätzlich ist die Einrichtung in Hacheneu für maximal 350 Menschen

ausgelegt, in diesem Herbst kam es aber dazu, dass der Zulauf von Flüchtlingen noch weitaus größer war. Das ist jedoch überhaupt nicht überraschend, wie ein Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg in der Bezirksvertretung Hörde darstellte: Bereits seit Jahren steigen Flüchtlingszahlen zum Winter stärker an. Doch die Stadt Dortmund, die die EAE im Auftrag des Landes betreibt, bekam keine Hin-

weise und keine Vorfeldunterstützung, um auf steigende Zahlen vorbereitet zu sein. Dabei müsste der Landesregierung NRW klar sein, dass aufgrund der guten Verkehrsanbindungen Dortmund ein erstes Ziel für viele Flüchtlinge sein dürfte und nur wenige den Weg zur EAE in Bielefeld suchen. Vielmehr hätte das Land bereits eine weitere EAE mit guten Verkehrsanbindungen, wie zum Beispiel Köln, einrichten müssen. Also ist die Landesregierung NRW gefragt, vorbeugende Maßnahmen für die Menschen zu finden, damit es nicht wieder zu einer Überbelegung der EAE im nächsten Herbst kommt.

Ausdrücklich bedanken möchte sich DIE LINKE bei allen Anwohnern, die die Flüchtlinge und ihre Familien in dieser schwierigen Zeit beispielsweise mit Essen und Trinken unterstützt haben. (tb)